Bürgermeister Thomas Fehling

**Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2016
am 05. November 2015**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Jahr 2015 hatte ich unter das Topthema "Sicherheit" gestellt. Dafür wurde ich hier in der Stadtverordnetenversammlung kritisiert. Aber die letzten Monate zeigten, dass nicht immer nur die ganz großen Themen angesagt sind, sondern genauso auch die Pflichtaufgaben erfüllt werden müssen.

Wir haben in 2015 eine Menge dieser Pflichten erfolgreich abgearbeitet. Vieles war unspektakulär und einiges auch schmerzhaft und unangenehm, weil sehr teuer.

Hierfür einige Beispiele:

Der Bericht des Koordinators für Arbeitsschutz. Das Thema wurde in der Vergangenheit nachlässig gehandhabt. Man könnte also sagen, wir haben richtig viel Glück gehabt, dass nichts Schlimmes passierte. Inzwischen konnten wir eine ehrliche und gnadenlose Bestandsaufnahme durchführen und zahlreiche Schwachstellen abstellen. Aber es bleibt noch einiges zu tun.

Bemerkenswert finde ich, dass wir vor zwei Jahren noch vom Regierungspräsidium scharf gerügt wurden und heute für die konsequente und strukturierte Herangehensweise gelobt werden. Etwas stolz macht es uns, dass das RP uns inzwischen sogar in manchen Aspekten als vorbildlich einstuft.

Eine weitere ehrliche und schonungslose Bestandsaufnahme haben wir mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehr vorgenommen. Bedenkt man, dass über Jahre und Jahrzehnte hinweg gravierende Mängel ignoriert und sogar vertuscht wurden, so wissen wir jetzt ganz genau, wo wir mit unserer Feuerwehr und ihrer Infrastruktur stehen. Uns allen muss klar sein, dass wir die nächsten Jahre eine Menge Geld in den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zu investieren haben. Die Hinweise auf die Schwachstellen gab es schon lange. Nur richtig ernst genommen hat man sie nicht. Vielleicht auch, weil man das Geld lieber in schicke, aber nutzlose Vorzeigeprojekte steckte.

Im Jahr der Sicherheit gilt ausdrücklich der Dank und der größte Respekt allen ehrenamtlichen Frauen und Männern, die sich in unserer Feuerwehr jedes Jahr aufs Neue für unsere Sicherheit aus- und fortbilden, um Menschen in Notlagen schnell und professionell helfen zu können. Dafür bitte ich Sie um einen kräftigen Applaus.

Es gäbe eine Menge kleinerer Einzelmaßnahmen aufzuzählen, wie z. B. das Geländer im Jugendhaus oder der zusätzliche Rettungsweg für Rollstuhlfahrer in der Stadthalle.

Apropos Stadthalle, hier wurden kurzfristig mehrere zwingend erforderliche Verbesserungen umgesetzt. Auch wenn es mancher immer noch nicht so recht glauben will, wir standen kurz vor der Schließung der Stadthalle, weil Sicherheitsbestimmungen zum Teil seit Jahren nicht eingehalten wurden.

Wir alle freuen uns über die neue Tribüne bei den Festspielen. Was gab das für einen Aufschrei und ein Gemecker. Inzwischen dürfte es keinen Zweifler mehr geben, dass durch die neue Tribüne auch die hinteren Reihen besser sehen und hören.

Aber der wahre Auslöser für die neue Tribüne war etwas ganz anderes: nämlich die Sicherheit der Besucher. Die frühere Tribüne hatte seit dem Ausscheiden von Michael Bock als Erstem Stadtrat in 1997 keine Sicherheitsüberprüfung mehr durchlaufen und entsprach nicht mehr den Sicherheitsanforderungen.

Aus Angst vor dem Verlust von ca. 300 Sitzplätzen hatte man die Augen fest zuge-drückt und am Bestand festgehalten. Ich mag mir gar nicht vorstellen, welcher Sturm über uns niedergegangen wäre, wenn etwas passiert wäre. Dann wären wir auch auf den Titelseiten der Medien gelandet, aber sicherlich nicht in der positiven Weise wie wir es in den letzten Monaten genießen durften.

Meine Damen und Herren,
wollen Sie weitere Beispiele? Ich denke, das dürfte ausreichen, um zu belegen, dass wir bei der Sicherheit eine Menge Hausaufgaben zu erledigen hatten. Jetzt sind wir auf einem guten Weg. Diesen guten Weg würde ich gerne mit Ihnen zusammen weitergehen.

Aber wo soll der Weg denn mittel- und langfristig hinführen?
Wo wollen wir als Stadt Bad Hersfeld denn in einigen Jahren stehen?

Bevor ich Ihnen meine konkreten Vorschläge für den Haushalt 2016 erläutere, lassen Sie mich einen Blick in die Zukunft werfen.

Wie stelle ich mir die Zukunft von Bad Hersfeld vor?

Ich würde gerne in den nächsten Jahren für ein „Bad Hersfeld 4.0“ arbeiten.

Warum gerade 4.0?

Sie werden das Schlagwort „4.0“ aus der Industrie kennen, wo man sich aktuell auf einen grundlegenden Wandel im produktiven Sektor vorbereitet. Man geht dabei davon aus, dass nach Dampfmaschine, Fließband und Elektronik nun die nächste (vierte) industrielle Revolution folgt: die vernetzte, intelligente Fabrik. Mancher wird sich fragen, was dies mit der Stadt Bad Hersfeld und ihrem Haushalt zu tun habe.

Wenn sich die in Bad Hersfeld ansässigen Industrieunternehmen und Handwerksbetriebe nicht rechtzeitig auf diesen Wandel einstellen, dann könnte es ein böses Erwachen geben. Alle sind in irgendeiner Form eingebunden in komplexe Wertschöpfungsketten und stehen somit im weltweiten Wettbewerb. Und wie schnell sich Fehler bei einem Unternehmen auch auf den städtischen Haushalt auswirken können, sehen wir gerade bei VW und Wolfsburg.

Die VW-Stadt hat vorsorglich eine Haushaltssperre erteilt, weil man ganz erheblich von den Gewinnen des Autoherstellers abhängig ist. Das trifft dann sofort und ganz direkt auch die örtlichen Handwerker.

Haben wir darauf Einfluss? Können wir als Stadtpolitiker helfen, unsere Unternehmen fit für Industrie 4.0 zu machen? Ich denke ja!

Wir haben bereits erste Gespräche mit der THM geführt, wie entsprechende Fortbildungsangebote aufgesetzt werden können. Zudem prüfen wir, wie sich das wortreich in der Thematik positiv positionieren und vielleicht etwas von dem Kuchen abschneiden kann. Fachleute gehen davon aus, dass Industrie 4.0 nur erfolgreich funktionieren kann, wenn Metakognitionskompetenzen trainiert werden. Meta...bitte was? Wenn Sie sich jetzt fragen, was das sein könnte, dann gehören Sie noch zu einer breiten Masse der Bevölkerung. Aber das gilt es zu ändern, wenn Deutschland auch zukünftig an der Spitze in der Industrie bleiben will. Wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Denn wie wollen wir als Stadtparlament die richtigen Weichen für eine attraktive Zukunft unserer Stadt stellen, wenn wir von diesen Megatrends keine Ahnung haben?

Es reicht aber meines Erachtens nicht aus, nur die Unternehmen fit für die Zukunft zu machen. "4.0" meint als Basis ja die Verfügbarkeit aller relevanten Informationen in Echtzeit. Durch die Verbindung von Menschen, Objekten und Systemen entstehen dynamische und selbst organisierende Wertschöpfungsnetzwerke.

Diese Netzwerke unter neuen Bedingungen lassen sich nach unterschiedlichen Kriterien wie beispielsweise Kosten, Verfügbarkeit und Ressourcenverbrauch optimieren. Wir müssen genau dies auch für unsere städtischen Infrastrukturen, für die Verwaltung und letztlich auch für unsere städtische Gesellschaft tun.

Infrastruktur 4.0 - wie könnte dies aussehen?

Bestimmt haben Sie schon von "Smart City" gehört. Es geht darum, die Liegenschaften und Technik der Stadt so zu vernetzen, dass sie wirkungsvoller und vor allem kostengünstiger betrieben werden können. Wir haben in Bad Hersfeld dazu schon erste erfolgreiche Schritte absolviert bzw. arbeiten daran, z.B.

- die Modernisierung unseres Parkleitsystems und die zwei Stromtankstellen auf dem Markplatz,
- das Energiemonitoringsystem EMC, mit dessen Hilfe wir die Energieverbräuche ständig überwachen und bei Störungen sofort eingreifen können,
- die Umrüstung der Straßenbeleuchtungen auf moderne LED-Lampen. Dadurch können wir die Lichtqualität verbessern und zugleich die Kosten reduzieren. Die Straßenbeleuchtung ist einer der Hauptfaktoren für die städtischen Energiekosten! Alleine für den Stadtteil Johannesburg gehen wir durch die neuen LED-Lampen von jährlichen Einsparungen von ca. 50.000 Euro pro Jahr aus.

Industrie 4.0 und Smart City werden mittel- und langfristig massive Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur haben. So mancher schmunzelte über die Ankündigung von Amazon, für die Zustellung irgendwann Drohnen einzusetzen. Umso erschrockener waren eben jene, als sie erfuhren, dass sogar die Deutsche Post bereits mit Drohnen experimentiert. Aber was heißt das für die Stadt - und insbesondere für die Verkehrsplanung -, wenn Drohnen ständig über uns schwirren und im Vorgarten landen wollen, um ein Paket mit den vor einer Stunde bestellten Artikeln abzusetzen?

Und wenn wir gerade dabei sind, uns über die Verkehre der Zukunft Gedanken zu machen, dann können wir auch gleich mit den selbstfahrenden Autos weitermachen. Für mich ist es keine Frage mehr, ob diese Computer auf 4 Rädern kommen werden, sondern nur noch wann. Sprechen wir von 10 oder 20 Jahren? Die Veränderungen werden erheblich sein. Stellen wir uns einen Moment vor, wir besitzen gar kein eigenes Auto mehr. Für uns Ältere eigentlich unvorstellbar, aber für die Generation Y (also die heute 20 bis 30-jährigen) schon fast eine Selbstverständlichkeit. Diese Generation sieht es nicht mehr ein, sehr viel Geld für einen Blechkasten auszugeben, der ohnehin die meiste Zeit rumsteht. Unterstellen wir mal, dass wir uns in Zukunft ein "Auto" per Handy-App herbeirufen, um von A nach B zu kommen. Wir wählen vielleicht noch den Fahrzeugtyp aus, auf den wir gerade Lust haben. Dann kommt die Kutsche selbständig vorgefahren, wir steigen ein, werden zum Punkt B gefahren, steigen dort aus und der rollende Computer verschwindet, um andere Passagiere zu befördern. Den Transport bezahlen wir per Tastendruck über mobile Payment. Spinnerei meinen Sie? Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht.

Falls es so oder so ähnlich kommt, werden wir unsere komplette Verkehrsplanung anpassen müssen. Das muss aber nicht nur schlecht sein, denn wir brauchen keine breiten Straßen mehr und können die Anzahl der Parkplätze deutlich zurückbauen. Auch der ÖPNV wird sich grundlegend verändern. Ich bin mir sicher, wir werden dadurch einen Zugewinn an Lebensqualität gerade im Stadtzentrum bekommen. Und wir können die begrenzten Investitionsmittel für andere Projekte einsetzen. Bis dahin ist es noch Zukunftsmusik. Trotzdem sollten wir dabei sein, wenn es gilt, die Vorteile von Smart City nutzbar zu machen.

Widmen wir uns dem nächsten Punkt, der Verwaltung 4.0. Auch hier müssen wir Prozesse optimieren.

Ich sprach eben von der Generation Y, für die online-Geschäftsprozesse auf dem Handy nahezu eine Selbstverständlichkeit sind. Unter dem Stichwort eGovernment bewegt sich auch die öffentliche Hand in die Digitalisierung der Abläufe. Wir gehören mit unserer Stadtverwaltung inzwischen zu den Vorreitern. Hatte mein Vorgänger noch bis 2010 die Vorgabe gemacht, wenn es der Computer nicht tut, dann holen Sie die Schreibmaschine wieder raus, so kann dies heute überhaupt nicht mehr funktionieren.

Wir haben in 2015 mehrere richtungsweisende Projekte in der Informationstechnologie angeschoben und sehen inzwischen vielversprechende Ergebnisse:

- Civento
Wir haben zusammen mit der ekom21 das elektronische Vorgangssystem Civento eingeführt und werden damit schrittweise Verwaltungsprozesse digitalisieren. Davon versprechen wir uns eine Beschleunigung in der Abarbeitung und mittel- bis langfristig Kosteneinsparungen sowie einen Komfortgewinn für unsere Bürger.
- elektronischer Rechnungseingang. Crossinx, ZUGFeRD
Bereits in 2013 haben wir als eine der ersten Städte in Deutschland auf einen elektronischen Durchlauf von Rechnungen mit der erforderlichen Zahlungsanordnung umgestellt. Nun machen wir den nächsten Schritt und lassen alle Eingangrechnungen von einem Dienstleister einscannen und die Daten elektronisch in unser Buchhaltungssystem einspeisen. Für uns entfällt das lästige Einscannen und die manuelle, fehleranfällige Datenerfassung.

Diesen Weg sollten wir ebenfalls konsequent weitergehen. Unsere Bürger erwarten das von uns. Die ständig wachsenden Personalkosten bekommen wir nur in den Griff, wenn wir digitale Prozesse einführen und die so genannten Effizienzpotenziale aktivieren können.

Als konkrete Projekte möchte ich in 2016 angehen:

- Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), um von den Lieferanten nur noch elektronische Rechnungen zu bekommen,
- Einführung der stundengenauen Leistungsverrechnung zwischen den städtischen Produkten, um die Kosten- und Leistungsrechnung weiter zu verbessern,
- weitere Geschäftsprozesse auf das Civento-System bringen (z. B. Vergabe von Tagesnummern im Ordnungsamt, Prozesse im Personalwesen, Sondernutzungsanträge für Gastronomen),
- Einführung des online-Bauantrages,
- Versand unserer Ausgangspost per ePost.

Aber alle diese Projekte sind meines Erachtens nur die notwendige Vorstufe, um die großen Einsparchancen anzugehen. Diese liegen in der Interkommunalen Zusammenarbeit. Da sind wir im Landkreis noch viel zu zögerlich unterwegs. Es gibt zwar hier und da Zusammenarbeit, aber als so richtig durchschlagend erlebe ich das nicht. Ich setze dabei meine Hoffnung auf den neuen Landrat. Möglichkeiten gäbe es genug.

Die heute beschlossene Übertragung des Rechnungsprüfungsamtes an den Landkreis halte ich für richtig, denn sonst halten wir unnötig doppeltes Wissen vor.

Ein weiteres Thema für Zusammenarbeit wäre ein gemeinsames Beschaffungswesen. Mit modernen Bestell-Portalen könnten kreisweit Bedarfe gebündelt und dadurch bessere Einkaufskonditionen mit den Lieferanten verhandelt werden. Auch eine gemeinsame Vergabestelle könnte vorteilhaft sein, denn gerade große Aufträge erfordern komplexe Verfahren, bei denen man schnell mal einen Fehler machen und sich ordentlich Probleme einhandeln kann.

Zudem sehe ich ein großes Optimierungspotenzial, indem sich die Städte und Gemeinden zusammentun und eine gemeinsame Buchhaltung einrichten.

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofes hat im Oktober 2013 eine überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften mit dem Titel „166. Prüfung Konsolidierung Kreis Offenbach“ vorgelegt. Darin wurden deutliche Einsparmöglichkeiten aufgezeigt, wenn der Landkreis Offenbach und seine Gemeinden ihre Personalverwaltung und ihre Kassen zusammenlegen würden. Ich gehe davon aus, dass auch in unserem Landkreis eine Menge Geld einsparbar wäre, wenn man hier mutig und zukunftsorientiert rangehen würde.

Beim Personalwesen kooperieren wird bereits mit dem öffentlich-rechtlichen Dienstleister KVK. Da sind wir gut unterwegs.

Wir bereiten im Moment den Umstieg auf eine neue Buchhaltungssoftware vor und haben im Haushaltsentwurf Mittel für eine neue Software eingestellt.

Wenn wir eine mandantenfähige Software kaufen, könnten wir den Buchhaltungsservice für andere Gemeinden übernehmen. Zusammen mit den oben genannten Projekten wie elektronische Rechnung, elektronische Zahlungsanordnung und standardisierte Kosten-/Leistungsrechnung könnten wir den anderen Gemeinden viel Papierkram abnehmen und durch einen zentralen Buchungsservice ganz neue Informations- und Auswertemöglichkeiten anbieten.

Alle beteiligten Gemeinden könnten Geld sparen und gleichzeitig deutlich bessere Datenbasen erhalten. Das wäre mal ein richtig großer Schritt nach vorne.

Ein grobes Geschäftsmodell sowie ein IT-Architekturmodell haben wir bereits entwickelt. Das ist kein Hexenwerk und würde aus meiner Sicht richtig viel Sinn machen.

Wie gesagt, da gehört Mut dazu!

Gesellschaft 4.0

Wie oben schon erwähnt, funktioniert und kommuniziert die Generation Y völlig anders als wir, die wir hier im Stadtparlament sitzen, es gewohnt sind. Wenn wir diese jungen Menschen trotzdem für Politik bzw. unser Stadtgeschehen interessieren wollen, dann müssen wir auch deren Kommunikationsmedien nutzen und füttern.

Es reicht nicht mehr aus, eine Pressemitteilung zu versenden und zu hoffen, dass diese möglichst 1:1 von den Medien wiedergegeben wird. Die Stadtverwaltung muss sich der sozialen Medien bedienen und dort nahezu permanent, also 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche und 365 Tage im Jahr, verfügbar sein. Die modernen Bürger wollen sich nicht mehr an Öffnungszeiten halten. Sie wollen ihr Anliegen jederzeit loswerden und das von jedem Punkt der Erde.

Diesem Wunsch von "always on" werden wir als Stadtverwaltung sicherlich nicht nachkommen können und möglicherweise auch gar nicht wollen. Trotzdem müssen wir unsere Informationspolitik grundlegend überdenken und neue Kommunikationsformen finden. Ich habe dafür im Stellenplan eine Praktikantenstelle vorgesehen, um ein Projekt durchzuführen und darzulegen, welche Anpassungen notwendig sind,

damit wir als Stadt solche Plattformen wie WhatsApp, Snapchat, Instagram oder Tumblr bedienen können.

Eine moderne Gesellschaft 4.0 geht aber noch viel weiter. Wir werden schnelle Veränderungen im Freizeitbereich erleben. Man geht heute nicht mehr einfach ins Theater, sondern will an einem Ereignis (einem Event) teilhaben. Freizeit ist kostbar und die Angebote sind unendlich. Nicht nur in der direkten Nachbarschaft sind die Möglichkeiten vielfältig. Wir steigen ins Auto oder in den Flieger und können heute Angebote überall in Anspruch nehmen. Diese globale Freizügigkeit ist für den Konsumenten atemberaubend. Aber für die Veranstalter wird es immer schwieriger, eine herausragende Marke zu schaffen und zu halten. Das sehen wir auch bei unseren Festspielen.

Wir haben dieses Jahr einen großen Schritt nach vorne getan. Auch wenn dies so manchem gar nicht gefällt oder er es nur zähneknirschend akzeptiert. Was gab es alles für Untergangsprognosen, die sich glücklicherweise alle nicht erfüllten. Ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass die Festspiele über kurz oder lang den Bach runtergegangen wären, hätten wir nicht die Notbremse gezogen. Bund und Land wollten ihre Förderungen kürzen. Stattdessen hat das Land massiv aufgestockt. Es freut mich, dass wir bei den schwierigen Abstimmungen im Laufe des Jahres dann doch Mehrheiten für die Neuerungen bei den Festspielen hatten. Dafür Ihnen meinen Dank im Namen der Festspiele.

Aber uns muss klar sein, dass wir eine Reise angetreten sind, die noch lange nicht am Ende ist. Ich hatte dieses Jahr wieder die Gelegenheit zu Gesprächen mit Verantwortlichen in Bregenz. Wenn wir schon mit etwas Bewunderung und vielleicht auch Neid nach Bregenz schauen, sollten wir auch wahrnehmen, dass man sich dort nicht auf dem Erreichten ausruht, sondern massive Anstrengungen unternimmt, um im Theater- und Freizeitgeschäft auch zukünftig ganz vorne dabei zu sein. Wir müssen unsere Schrittgeschwindigkeit bei der Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Festspiele noch erhöhen, wenn wir auch weiterhin in der Bundesliga mitspielen wollen.

Ich will meine Erwartungen an die Festspiele hier klar formulieren:

- Wir wollen in den nächsten Jahren die Marke von 100.000 Besuchern überschreiten.
- Die Service-Qualität bei den Festspielen und im ganzen Umfeld (damit meine ich die Gastronomie, die Hotels, den Einzelhandel, die Taxis und auch die städtischen Einrichtungen) muss deutlich verbessert werden. Wir sollten das Qualitätsmanagement-Projekt im nächsten Jahr unbedingt weiterführen.
- Wir müssen die Premium-Leistungen, für die unsere Besucher bereit sind Geld auszugeben, signifikant ausbauen. Wir haben seit eineinhalb Jahren das Destinations-Management-System im Kurbetrieb, welches aber immer noch in den Kinderschuhen steckt. Auch die Festspielcard hat noch nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Da sind noch eine Menge Chancen ungenutzt.

In all diesen Punkten können wir von anderen Festspielorten eine Menge lernen. Wir müssen das Gelernte aber auch umsetzen, und schneller umsetzen.

Glücklicherweise haben wir mit Dr. Wedel einen Profi, der dieses Geschäft exzellent versteht. Aber er alleine kann es nicht schaffen, die Bad Hersfelder Festspiele in die Topliga zu katapultieren und dort zu halten. Das erfordert unser aller Mitwirken.

Als sehr erfreulich finde ich, dass es in der Schilde-Halle zunehmend attraktive, hippe Veranstaltungen für junge Erwachsene gibt. Das ist eine schöne Ergänzung im Freizeitangebot. Aber auch dort muss ständig nach neuen Formaten Ausschau gehalten werden.

Stellt sich nun die Frage, was diese Gedanken und Visionen für den städtischen Haushalt 2016 aus meiner Sicht bedeuten.

Begleitet wird dieser Haushaltsentwurf 2016 von einigen Neuerungen:

1. Neues Verfahren zur Gewerbesteuerprognose

Wir mussten die letzten Jahre immer wieder feststellen, dass wir mit der Prognose der Gewerbesteuer deutlich daneben und dabei meistens zu hoch lagen. Ich habe veranlasst, dass wir ein neues Verfahren einführen, welches Ihnen den gesamten Schätzbereich (also von minimal bis maximal) sowie den Erwartungswert darlegt. Sie können jetzt besser abwägen, wie optimistisch Sie sein wollen und welches Risiko damit verbunden ist.

2. Der Bürgerdialog

Dieser war zwar schon mal in 2013 da, wurde aber in 2014 ausgesetzt, da sowohl die Verwaltung als auch die Stadtpolitiker sich erstmal selbst mit dem doppelten Haushalt vertraut machen mussten. Die Befragung ist nicht repräsentativ, sondern kann nur ein Stimmungsbild wiedergeben. Wir haben wieder einige hundert Rückmeldungen erhalten. Für viele Teilnehmer war es erneut ernüchternd zu erkennen, dass der Haushalt nicht ohne Steuererhöhungen oder massive Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen auszugleichen ist. Wir haben eine Menge neuer und zusätzlicher Bausteine eingebaut. Die Ergebnisse sind nun ausgewertet und werden Ihnen zugesandt, so dass sie uns allen für die anstehenden Haushaltsberatungen zur Verfügung stehen.

Als ein vorsichtiger Trend ist erkennbar: Stärker als vor zwei Jahren votieren Bürgerinnen und Bürger bei öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen für eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Stadt. Zuschüsse sollten reduziert und öffentliche Einrichtungen optimiert werden. Mal schauen, ob wir dem Bürgerwillen gerecht werden.

3. Eine neue Investitionsdatenbank

In dieses neue Hilfsmittel werden zukünftig alle Investitionsvorhaben der Stadt eingetragen. Jede Baumaßnahme und jede andere Anschaffung, die die Verwaltung oder die Politik identifizieren, bekommt dort eine Projektnummer und wird mit einer Kurzbeschreibung aufgenommen. Anschließend bewerten unsere Ingenieure das ungefähre Investitionsvolumen.

Sie als Stadtpolitiker, die die Prioritäten zu setzen haben und über die gewünschten Investitionen entscheiden, können sich nunmehr einen Überblick über alle notwendigen Maßnahmen und die Wünsche verschaffen. Während ich ge-

rade zu Ihnen spreche, liegt in Ihrem Email-Postfach bereits die Einladung zu einer ersten Schulung für dieses Tool bereit, das neue und bisher ungekannte Transparenz in unsere Projekte bringen wird. Es lag schon immer in Ihrer Verantwortung, ob bzw. was in dieser Stadt angeschafft, gebaut oder repariert wird.

Von den Fachbereichen wurden für das Haushalt 2016 258 Vorhaben mit einem Volumen von 9.436.650 Euro angemeldet. Davon haben wir 75 Projekte, wobei einige Vorhaben zusammengefasst wurden, mit einem Gesamtbetrag von 7.822.000 Euro übernommen

Hinzu kommen noch 111 Maßnahmen mit einem Gesamtwert von 9.650.255 Euro, die als Haushaltsreste von 2014 nach 2015 übernommen wurden. Somit stehen wir für 2016 einem Investitionsvolumen von rund 17 Mio. Euro gegenüber.

Der Projektstau ist enorm. Es dürfte jedem klar sein, dass dies nicht alles zu leisten ist. Jetzt können Sie mit guten Ideen trumpfen, wie das alles finanziert werden soll und wo wir die notwendigen Personalkapazitäten herbekommen. Sie sehen, uns fehlen nicht nur die Euros, sondern auch das Personal. Es geht also nur eins nach dem anderen. Das muss man auch den Bürgern ehrlich sagen und darf diese nicht durch Pressemitteilungen aufstacheln.

In einem zweiten Schritt – und das ist das ganz Besondere an dem Hilfsmittel – werden auch die Bürger in ein paar Wochen Einblick in die Liste der offenen Vorhaben bekommen und können zukünftig sehr genau nachvollziehen, wann es sich um ein ernsthaftes Anliegen oder pures Wahlkampfgeschrei handelt.

4. Neue Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Städten werden bereitgestellt (Interkommunale Vergleichs-Systeme, IKVS)

Diese neue Funktion ermöglicht uns Vergleiche mit anderen Städten unserer Größe. Das Programm IKVS wird in ein paar Wochen verfügbar sein. Dadurch können Sie erkennen, bei welchen Produkten wir mehr Geld ausgeben als die anderen und wo wir eventuell sogar besser unterwegs sind. Ich bin mir sicher, dass es dadurch Anregungen gibt, wo wir genauer hinsehen sollten und wo wir von anderen lernen können.

Erste Testauswertungen geben einen Vorgeschmack auf zum Teil bittere Erkenntnisse, die das System offenbart. Eine Vergleichstabelle zu den Zinsaufwendungen je Einwohner zeigt etwa: Wir haben bei den 32 hessische Kommunen, die hierzu Daten geliefert haben, mit deutlichem Abstand die höchste Quote. Wir liegen mit dem Haushalt 2015 bei 109,53 Euro Zinsen je Einwohner, der Median beträgt 40,32 Euro.

Meine Damen und Herren,
und bei den 109,53 Euros Zinsaufwendungen je Einwohner sind die Schulden des Abwasserbetriebes, des Kurbetriebes, der Wirtschaftsbetriebe, der Stadtwerke, der Bädergesellschaft, des wortreichs oder der Vitalisklinik noch gar nicht dabei.

Sowohl das IKVS als auch die Investitionsdatenbank sind zwei Hilfsmittel, die ich als Bürgermeister einbringe, um mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung zu erreichen. Die nun verfügbare Technik gibt uns das, was ich im letzten Jahrzehnt als Kommunalpolitiker immer wieder gefordert und gewünscht habe.

Ich verbinde damit auch das Ziel, dass wir nun mit gemeinsamer, deutlich verbesserter Informationsgrundlage nicht mehr bei der „Schuldfrage“ stehen bleiben müssen, sondern uns wieder stärker den Fragen der gemeinsamen Gestaltung zuwenden können.

Ich trete für Transparenz ein und deshalb werden wir die Zahlen für alle Stadtverordneten und Bürger freigeben in der Hoffnung, dass wir uns endlich den Realitäten stellen.

Wie sieht diese harte Realität aus? Ich lege Ihnen hier einen nicht ausgeglichenen Haushalt mit einer Deckungslücke in Höhe von 2,7 Mio. Euro vor.

Im Haushaltsentwurf habe ich schon starke Einschnitte vorgenommen, die uns im nächsten Jahr richtig wehtun werden:

- Vom Personalamt wurden 18,2 Mio. Euro angemeldet. Diesen Betrag habe ich um 400T Euro auf 17,8 Mio. Euro gekürzt. Wie das in 2016 funktionieren kann, wissen wir allerdings noch nicht abschließend. Wir haben Vorschläge wie z. B. die Abgabe des Rechnungsprüfungsamtes an den Landkreis vorgelegt. Zudem setze ich auf die eben angesprochene Digitalisierung der Verwaltung. Für die Zukunft sehe ich aber schon noch Möglichkeiten, wenn man das Thema Interkommunale Zusammenarbeit richtig ernst nimmt und konsequent angeht.
- Vom Immobilienmanagement wurden 1.082.300 Euro für notwendige Bauunterhaltung aufgerufen. Diesen Betrag habe ich auf 200.000 Euro reduziert. Ich habe dabei unterstellt, dass viele Maßnahmen nicht sicherheitsgefährdend sind, sondern eher den Komfort erhöhen. Zudem gehe ich auch davon aus, dass wir uns in den nächsten Monaten noch von Immobilien trennen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
in den letzten Jahren hatte ich zusammen mit dem Kämmerer und den Führungskräften dafür gekämpft, Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dabei haben wir die Verwaltungskosten gedrückt, wo immer es ging. Wir haben die Zitrone gepresst.

Das Resultat war, dass sobald bei den Beratungen irgendwo ein „eingesparter“ Euro auftauchte, wurde dieser sofort als zusätzliche freiwillige Leistung (als Wohltat) verteilt. Man hätte auch mal eine, wenn auch kleine Rücklage anlegen können. Insbesondere in Zeiten, wo die Wirtschaft so gut läuft. Dann würden uns Gewerbesteuer-rückgänge oder Mehrkosten in einem Projekt nicht so hart treffen.

Deshalb habe ich dieses Jahr darauf verzichtet, die Zitrone weiter zu pressen und möglicherweise zu zerquetschen. Ich sehe es als kontraproduktiv an, die Verwaltung weiter zu strangulieren, wenn nicht gleichzeitig strukturell die Ausgaben angepasst werden. Wir haben einen hohen Krankenstand, weil der Leistungsdruck ständig zunimmt und die Arbeitsmittel immer noch nicht überall zeitgemäß sind.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, indem wir in den letzten Monaten und hier im Entwurf eine ganze Reihe von Ideen zur Kosteneinsparung vorgelegt haben.

Jetzt sind Sie als Stadtpolitiker an der Reihe und müssen Entscheidungen treffen. Oder aber neue, gerne auch bessere Vorschläge vorlegen.

Zudem haben wir Vorschläge erarbeitet, wie wir in den nächsten Jahren unsere Kostenstruktur nachhaltig verbessern können. Da kann man sagen, das steht jetzt nicht an. Allerdings muss man gerade bei diesen langlaufenden Optimierungen irgendwann den ersten Schritt machen, um ans Ziel zu kommen.

Als Beispiele will ich nennen:

- Fusion der Konrad-Duden-Stadtbibliothek mit dem wortreich im Schilde-Park. Damit wären nach unserer Kalkulation jährlich rund 200.000 Euro einzusparen.
- Wenn wir diese Maßnahme umsetzen, könnte das Technische Rathaus an den Markt 1 ziehen. Wir würden dadurch die Betriebskosten für das Gebäude in der Landecker Straße sowie dringend notwendige Sanierung in Höhe von ca. 500.000,00 Euro einsparen.
- Zudem schlage ich vor, das Gebäude Markt 16 (Ordnungsamt) aufzugeben und die Mitarbeiter im Stadthaus zu platzieren. Der Markt 16 muss ebenfalls saniert werden, was uns bis zu 1 Mio. Euro kosten wird. Das Gebäude ist weder barrierefrei noch energetisch akzeptabel. Mit dem Umzug ins Stadthaus hätten wir mehrere Vorteile:
 - Unsere Bürger hätten einen barrierefreien Zugang zum Standesamt, zum Gewerbeamt und zum Ordnungsamt.
 - Unsere Ordnungspolizeibeamten und Politessen würden dort ständige Präsenz zeigen, was hoffentlich zur Befriedung des Bereichs führen wird.
 - Mit etwas Glück bekommen wir die Postfiliale und die Postbank von der Hainstraße ins Stadthaus verlegt. Das wäre ein großer Zugewinn für das Stadthaus-Quartier.
 - Wir würden das Stadthaus-Quartier endlich aufwerten. Durch die zusätzlichen Besucher werden sich bestimmt auch wieder neue Geschäfte dort ansiedeln.
- Wir sollten darüber nachdenken, wofür wir einen Eigenbetrieb Kur haben. Welchen Zweck erfüllt dieser? Aus meiner Sicht bringt der Eigenbetrieb keinen echten Vorteil, aber eine Menge zusätzlicher Kosten (Buchführung, Jahresabschluss, Sitzungsgelder etc.) und Verwaltungsarbeit. Der Kurbetrieb hat ein Budget von knapp 900.000 Euro, wovon 55 % Defizit sind, und drei Mitarbeiter. Der Aufwand für Sitzungen der Betriebskommission mit ihren acht Mitgliedern und vier Sitzungen in 2015 ist höher als der Steuerungsaufwand bei den Stadtwerken mit ca. 33 Mio. Euro Umsatz, 71 Mitarbeitern, 15 Aufsichtsräten und zwei Sitzungen.

Wie wir jetzt erfahren, müssen wir für den Eigenbetrieb Kur auch noch einen EU-Beträuungsakt erzeugen, damit die Zuschüsse der Stadt nicht als unzulässige Subvention gelten. Der Vorgang bringt nichts außer unnötigen Zusatzkosten und erfordert viel Arbeitszeit. Der Kurbetrieb könnte als eigenes Produkt im Fachbereich Kultur locker mitlaufen und wir bräuchten nach der Kommunalwahl die Kommission nicht neu zu besetzen.

Soweit zu den Ideen, um das ursprüngliche Defizit von 2,7 Mio. Euro doch noch etwas zu reduzieren. Eingeplant war auch eine Gebührenerhöhung bei den Kindergärten, die aber vom Magistrat wieder rausgenommen wurde, so dass das Defizit nun bei 3,3 Mio. Euro liegt. Ich habe Verständnis dafür, dass man niedrige Kita-Gebühren für junge Familien anbieten will. Aber deshalb brauchen wir nicht weit und breit mit Abstand die niedrigsten Gebühren zu haben. Wir bewegen uns in die falsche Richtung. Wenn alle Aufgabenbereiche tabu sind, dann wird es mit einem ausgeglichenen Haushalt nichts werden.

Zu allererster ist die Gewerbesteuer für uns als Stadt die wichtigste Einnahmequelle. Falls Sie mit der Idee spielen, den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen ..., vergessen Sie es besser sofort wieder. Die IHK Südhessen hat in einer Studie nachgewiesen, dass eine Hebesatzerhöhung nicht automatisch mehr Einnahmen bringt. Auch das Gegenteil ist möglich. Selbst wenn man Zeitverzögerungen berücksichtigt, gibt es zwischen Hebesatz und Steueraufkommen keinen Zusammenhang. Der Anstieg des Gewerbesteueraufkommens ist unsicher. Sicher ist aber die zusätzliche Belastung mittelständischer Unternehmen.

Wir müssen schauen, dass sich die vorhandenen Unternehmen in Bad Hersfeld wohl fühlen und prosperieren.

Sucht man das Gespräch mit unseren Mittelständlern so kann man aus deren Aussagen Schlüsse ziehen. Unternehmen aus Süd-Ost-Asien (ganz vorne dabei ist China) kaufen seit einigen Jahren im ganz großen Stil mittelständische deutsche Unternehmen auf, um Zugriff auf deren Technologien zu bekommen.

1. Erkenntnis

Unsere Unternehmen sind sehr begehrt, weil sie sehr innovativ und in ihren Branchen Technologieführer sind. In dem Moment, wo Deutschland diese Führungsposition verliert, werden wir massive wirtschaftliche Probleme bekommen. Das sehen wir bereits in einigen Branchen, die früher weltweit stark waren, aber inzwischen deutlich zurückgegangen sind. Wir müssen alles tun, damit unsere Unternehmen Technologieführer bleiben. Deshalb ist Industrie 4.0 ganz wichtig.

2. Erkenntnis

Sobald ein Mittelständler, der bislang hier in Bad Hersfeld gute Gewerbesteuer gezahlt hat, in einen internationalen Konzern eingebettet ist, werden die Gelder und Gewinne geschoben und verschoben und wir als Stadt gehen leer aus. Der Mittelstand war die Säule unserer Gesellschaft über Jahrzehnte und droht nun wegzubrechen. Dem müssen wir entgegenwirken.

Ich habe die letzten Jahre viele Unternehmensbesuche durchgeführt und zahlreiche Gespräche mit Unternehmern geführt. Dabei sind eine Menge Hinweise geflossen und Projektideen entstanden. Einige konnten wir umsetzen bzw. sind auf der Reise. Hier ein paar Beispiele:

- Sanierung und Umbau des Aral-Autohofes
- Einbau von Lüftern von Trox TLT in der Schilde-Halle als Referenzprojekt für das Unternehmen
- Erweiterung der Produktionshallen bei der Firma Leist in Kathus
- Sanierung Parkhaus Neumarkt und Eröffnung eines Hotels

- Ansiedlung von Pippert Metallbau
- Neugründung der Firma Ramich Lackierbetrieb in der Homberger Straße
- Ansiedlung des Grillfürst Megastore in der Wippershainer Straße
- Expansion der Firma Asteelflash, die kürzlich 8 Mio. Euro in den Standort Bad Hersfeld investierten und die Belegschaft von 250 auf 350 aufstockten
- und immer noch ganz frisch die Entscheidung für das Therapiezentrum im Schilde-Park-Ost.

Momentan arbeiten wir intensiv an diesen Wirtschaftsprojekten:

- Flächenbeschaffung für die Umsiedlung und Erweiterung der Firma Herbst Logistik
- Umbau und Erweiterung von OBI
- Umbau der Post in der Hainstraße zum Edeka-Markt
- Neustrukturierung der Fläche ehemaliger Schlachthof mit dem Ziel, dort die RVF mit ihren 45 Arbeitsplätzen zu halten und zusätzlich den Verteilbetrieb der deutschen Post aus der Hainstraße dorthin umzusiedeln
- Bau eines Autohofes an der A4 als Standortsicherung und Expansion der Firma Schade.

Das sind einige nennenswerte Erfolge und Vorhaben. Sie sehen, mein Schwerpunkt in der Wirtschaftsförderung liegt in der aktiven Unterstützung der vorhandenen, heimischen Unternehmen – dem Mittelstand.

Die aktuelle Arbeitslosenstatistik bestätigt, dass wir in Bad Hersfeld wirtschaftlich an sich gut unterwegs sind. Mit 4,2 % sind wir in Nordhessen positiv führend. Aber die niedrige Arbeitslosenzahl ist zugleich auch ein großer Nachteil beim Versuch, neue Unternehmen in Bad Hersfeld anzusiedeln. Interessenten winken sehr schnell ab, denn wo sollen denn die Arbeitskräfte für die neuen Firmen herkommen? In Kombination mit dem Gewerbesteuerhebesatz von 395 Prozentpunkte – Anmerkung: Fulda hat nur 380 Prozentpunkte – ist die niedrige Arbeitslosenzahl bei unseren Ansiedlungsbemühungen sehr hinderlich. Deshalb bin ich der Überzeugung, wir müssen unserem vorhandenen Mittelstand helfen, gute Geschäfte zu machen und zu wachsen: Also systemische Wirtschaftsförderung von innen heraus.

Ich hatte vor ca. drei Jahren schon einmal meine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises geäußert. Anschließend gab es Gespräche und wir wollten es nochmal versuchen. Leider sind die Erfolge der WFG für Bad Hersfeld immer noch gering, so dass ich im Haushaltsentwurf 2016 vorschlage, eine Stelle, die im April 2016 frei wird, zumindest anteilig für die Besetzung mit einer Fachfrau oder einem Fachmann für Wirtschaftsförderung umzuwandeln.

Ich halte das Thema für so existenziell wichtig, dass wir es in Eigenregie betreiben und noch mehr Kraft reinstecken sollten. Ich will und werde mich damit nicht aus dem Thema zurückziehen, sondern ganz im Gegenteil mit einer kompetenten Vollzeitkraft an meiner Seite noch mehr Unternehmen behilflich sein. Das Jahr 2016 soll der Turbo einer verstärkten Wirtschaftsförderung werden.

Deshalb habe ich 2016 unter das Topthema: „Bad Hersfeld ist Wirtschaftsstandort“ gestellt.

Apropos Wirtschaftsförderung: Was machen unsere eigenen GmbHs?

Im Haushalt 2015 wurde für das Haushaltssicherungskonzept beschlossen, dass die Wirtschaftsbetriebe Bad Hersfeld GmbH als Holding soviel Gewinn zu erzielen haben, dass in 2016 200.000 Euro an die Stadt abgeführt werden können. Und für 2017 wurde das Ziel auf 500.000 Euro gesetzt. Leider müssen wir heute feststellen, dass Planwirtschaft nicht funktioniert. Sie funktionierte früher in der DDR nicht und 25 Jahre danach in der Bundesrepublik auch nicht. Was führt uns zu dieser Erkenntnis?

Die Geschäftsbereiche innerhalb der Wirtschaftsbetriebe müssen sich anstrengen und werden die Ziele höchstwahrscheinlich annähernd erreichen. Bei den Töchterunternehmen sieht es sehr unterschiedlich aus. Während die Stadtwerke unter der Leitung von Herrn Gilbert weiterhin ein solides Geschäft mit ordentlicher Gewinnmarge machen, verbrennen die Schwimmbäder kontinuierlich rund 1,6 Mio. Euro jährlich. Herr Gilbert konnte in der Bädergesellschaft den Verlust leicht senken, aber richtig erfreulich ist es immer noch nicht.

Die Defizite bei den Bädern teilen sich auf die drei Schwimmbäder wie folgt auf:

- das AquaFit mit rd. 1 Mio. Euro
- das Freibad mit ca. 300.000 Euro
- und Kurpark-Therme mit ca. 300.000 Euro,

wobei das AquaFit und das Freibad jeweils nur ca. ein halbes Jahr offen sind.

Wie gehen wir damit um?

Im ersten Gedanken könnte man sagen: zumachen und Geld sparen. Aber die Schwimmbäder haben eine große Bedeutung bei der Erhaltung der Gesundheit und Fitness unserer Bürger. Eine Schließung würde die Schwimmer entweder in andere Bäder vertreiben oder den Bewegungsmangel unserer Bürger (und vor allem bei den jüngeren) weiter verschlimmern.

Schauen wir uns die Entwicklung der Adipositas-Patienten (also der Übergewichtigen) an, so sehen wir eine dramatische Zunahme. Dieser Trend wird uns als Gesellschaft noch richtig Geld kosten. Sportangebote zu reduzieren, kann also nicht das geeignete Mittel sein.

Wobei dies für die Kurpark-Therme nicht wirklich gilt, denn sie dient weniger der sportlichen Ertüchtigung, sondern dem Wohlfühlen.

Die Therme ist mit ihrer Sauna im Winter eine Konkurrenz zum AquaFit. Zudem befindet sich in Laufdistanz in der Vitalisklinik ein weiteres Hallenbad, welches ebenfalls mit städtischem Geld bezuschusst wird. Da sollte es doch Synergien geben. Wir subventionieren doppelte Infrastruktur und den Tourismus mit 300.000 Euro.

Hinzu kommt ein drängender Sanierungsbedarf in der Therme. Wir müssen in den nächsten 2 – 3 Jahren ca. 210.000 Euro investieren. Davon stehen 90.000 Euro jetzt sofort für die Abdichtung des Wasserbeckens an. Das Becken wurde damals fehlerhaft eingebaut, so dass das Wasser überläuft und ins Mauerwerk einzieht. Wenn wir nichts tun, können wir das Gebäude bald abreißen.

Wir stehen also vor einer schwierigen Entscheidung. Weiter Geld in eine ungewisse und teure Zukunft des Objektes investieren oder jetzt einen Schlusstrich unter das städtische Engagement ziehen. Ich plädiere dafür, zeitnah Gespräche über einen Verkauf der Therme oder andere Betreibermodelle zu führen. Wenn dies nicht zum Erfolg führt, sollten wir auch über eine Schließung der Therme und anderweitige Vermietung der Räume nachdenken. Bis zum 30.06.2016 muss eine Entscheidung her.

Das wortreich hat sich stabilisiert und wird unter der neuen Leitung von Frau Gutzeit den Verlust in 2015 auf unter 200.000 € bringen. Frau Gutzeit hat eine Menge neuer Ideen und der Wechsel vom Erlebnis-Museum für Kinder hin zum Trainingszentrum für Firmen kommt sukzessive voran.

Die Vitalisklinik kann die Erwartungen wieder mal nicht erfüllen und zerschießt alle Prognosen. Alle bisherigen Ansätze und Versprechungen des Geschäftsführers entpuppten sich als Fehlschläge. Als Aufsichtsratsvorsitzender hatte ich zu Jahresbeginn hoffnungsvoll den Ideenkatalog der Klinikleitung zur Kenntnis genommen, muss aber heute mit großer Enttäuschung feststellen, dass von den Projekten und Vorschlägen so gut wie gar nichts abgeschlossen, geschweige denn erfolgreich umgesetzt wurde.

Für dieses Jahr hatte die Geschäftsführung im Wirtschaftsplan ein ausgeglichenes Ergebnis versprochen. Doch stattdessen geht man inzwischen wieder von einem Defizit in Höhe von ca. 700.000 Euro aus. Das macht alle anderen Bemühungen innerhalb der GmbHs zunichte und wir können eine Gewinnabführung an den städtischen Haushalt im nächsten Jahr vergessen.

Ich hoffe sehr, dass der neue Chefarzt Prof. Glaser mehr Zugkraft in die Klinik bringt. Bemerkenswert fand ich, dass Prof. Glaser wenige Tage nach seinem Start seine Verwunderung darüber aussprach, dass es in der Vitalisklinik noch keine elektronische Patientenakte gibt. „Dies sei inzwischen Standard“, so seine Aussage. Als Aufsichtsratsvorsitzender ärgere ich mich darüber, weil ich seit zwei Jahren die Einführung fordere, aber immer wieder vertröstet werde.

Ebenso ernüchtert war ich vor einigen Monaten, als sich in einem Workshop herausstellte, dass es für grundsätzliche Veränderungen an der Organisationsstruktur der Klinik keine politische Mehrheit gibt. So verlieren wir Monat für Monat viel Geld und mir sind die Hände gebunden.

Wie eben schon angedeutet, entwickeln sich die Geschäftsfelder der Wirtschaftsbetriebe langsam nach vorne. Die Auslastung der Schilde-Halle geht dank der hervorragenden Arbeit von Frau Groß nach oben.

Das Parkhaus erfreut sich besserer Auslastung, und wenn erst das neue Therapiezentrum fertig ist, sollten sich die Zahlen nochmals besser darstellen.

Bedenklich finde ich nach wie vor, dass wir jährlich rund 400.000 € in den StadtBus pumpen. Hinzu kommen noch ca. 100.000 € aus dem städtischen Haushalt für ÖPNV-Maßnahmen. Aber das ist politisch so gewollt und der ÖPNV bleibt wenigstens im gesetzten Haushaltsrahmen.

Der Neubau des Kindergartens im Schilde-Park bleibt ebenfalls innerhalb der Budgetvorgaben.

Unsere großen Sorgenkinder sind somit die Schwimmbäder und die Vitalisklinik.

Meine Damen und Herren,
wir werden in den kommenden Tagen erneut ein Haushaltssicherungskonzept für die Stadt und ihre Beteiligungen erstellen müssen. Dieses wird noch ambitionierter sein müssen als das letzte. Ansonsten sehe ich schwarz für eine Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Ich komme zum Fazit meiner Rede.

Trotz intensiver Bemühungen in den letzten Jahren lebt die Stadt immer noch auf viel zu großem Fuß. Es gab und gibt eine Menge Vorschläge, wie die Ausgaben- und Kostenstruktur nachhaltig verbessert werden könnte. Einige Fehlentscheidungen der Vergangenheit liegen immer noch wie Blei in den Bilanzen. Leider gibt es aber zu viele politische Tabus, so dass kaum ein Vorwärtskommen zu verzeichnen ist. Auf der anderen Seite müssen wir unsere Anstrengungen bei der Wirtschaftsförderung verstärken, um die Gewerbesteuer nach oben zu bekommen.

Die Chancen für Verbesserungen sind vorhanden. Wir müssen sie ergreifen, um für Bad Hersfeld eine attraktive Zukunft sicherzustellen.